

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

Nr 81.

Sonnabend, den 12. Juli

1902.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden
Donnerstag und Freitag, den 17. und 18. dieses Monats
nur **dringliche** Sachen erledigt.

Schwarzenberg, am 2. Juli 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. A.: **Dr. Jani**, Bezirks-Assessor.

Einkommensteuerzuschlag betr.

Nach der Verordnung des königlichen Finanzministeriums vom 6. Juni 1902, die
Ausführung des Finanzgesetzes auf die Jahre 1902 und 1903 betreffend, ist auf das Jahr
1902 ein **Einkommensteuerzuschlag** in Höhe von 25% des Normalsteuerbetrages zu
entrichten.

Die Austragung der Zettel hierfür ist heute beendet worden. Diejenigen **Beitrags-**
pflichtigen, welche einen solchen **nicht erhalten** haben, werden daher in Gemäßheit
von § 46 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 hiermit aufgefordert,
sich wegen Mittheilung des Steuerzuschlages in hiesiger Stadtsteuereinnahme zu melden.
Reklamationen gegen den Zuschlag sind unstatthaft.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß derselbe am 15. d. Mts. fällig

ist und daß nach Ablauf einer zwochwöchigen Zahlungsfrist gegen säumige Zahler das Zwangs-
vollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.
Eibenstock, am 11. Juli 1902.

Der Rath der Stadt.

J. B.: Justizrath **Landrod.**

Bg.

Übung der Pflichtfeuerwehr

Abtheilung A

Sonntag, den 13. Juli 1902

früh 6 Uhr: Rettungsmannschaft,

früh 7 Uhr: Absperr- und Wachmannschaft im Schulgarten,

vorm. 12 Uhr: Spritzenmannschaft im Magazingarten.

Zur **Abtheilung A** gehören alle diejenigen dienstpflichtigen Personen, deren Familien-
namen mit dem Buchstaben **A** bis **M** anfangen.
Die **Feuerwehrabzeichen** sind zur Vermeidung von Bestrafung **anzulegen.**
Eibenstock, den 9. Juli 1902.

Der Rath der Stadt.

J. B.: Justizrath **Landrod.**

M.

Der Bundesstaat Australien.

Der deutsche Gesandte Dr. R. Krauel widmet in den „Preuß.
Jahrbüchern“ dem Zusammenschluß Australiens einen beachtens-
werthen Aufsatz, dem wir folgende Ergebnisse entnehmen: Mit
dem Anfangstage des 20. Jahrhunderts, dem 1. Januar 1901,
ist in die Reihe der großen Nationen ein neuer Staat getreten,
welcher den Anspruch erhebt und ohne Zweifel auch berufen ist,
eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen und politischen Ent-
wickelungsgeschichte der Menschheit zu spielen. Die bisherigen
englischen Kolonien Neu-Südwest, Victoria, Queensland, Süd-
Australien, West-Australien und Tasmanien haben sich unter
Fortdauer der Oberhoheit der britischen Krone zu einem unauf-
lösblichen Bunde vereinigt, der nach seiner Verfassung den Namen
„Commonwealth of Australia“ führt. Der neue Bundesstaat
umfaßt das ganze australische Festland, den sogenannten fünften
Welttheil, und die dazu gehörige Insel Tasmanien, zusammen
ein Gebiet von 7 929 014 Quadratkilometer mit einer Bevölker-
ung, die nach dem 1901 veranstalteten Zensus 4 357 350 Köpfe
betrug.

Nichts ist verkehrter als die Ansicht, daß die australischen
Kolonien die Kolonien, in die England durch die unglücklichen
Anfänge seines südafrikanischen Krieges gerathen war, benutzt
hätten, um für die unabhängige Ordnung ihrer staatlichen An-
gelegenheiten Zuständigkeiten zu erlangen, die sie in besseren Zeiten
freiwillig nicht erhalten hätten. Das treibende Motiv bei dem
engeren Zusammenschluß der Kolonien war nicht der Gedanke
einer größeren Unabhängigkeit von England, sondern der Doppel-
wunsch, sich einmal durch Befreiung der Zollschranken zwischen
den einzelnen Kolonien bessere Bedingungen für ihr wirtschaft-
liches Gedeihen zu verschaffen, und sodann durch die Einrichtung
einer gemeinsamen Regierung freie Bahn für die Bildung einer
„australischen Nation“ zu gewinnen. Bei diesen Bestrebungen
haben sie nicht die Gegnerschaft, sondern die Sympathien und
die aufrichtige Mitwirkung der englischen Staatsmänner und der
englischen Regierung gefunden, deren klares Interesse dahin geht,
daß die einzelnen Mitglieder der über die ganze Welt verbreit-
ten englischen Völkerverfamille sich kräftig entwickeln und, ohne
das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen daraus ent-
springenden Rechten und Pflichten zu verlieren, auf eigenen
Füßen stehen, um das Familienhaupt von der direkten Ver-
antwortlichkeit für ihr Fortkommen und ihren Schutz möglichst
zu entlasten.

Ein geeinigtes Australien kann ein nützlicher und mächtiger
Bundesgenosse für England werden, ein uneiniges, in hadernde
und eifersüchtige Staaten gespaltenes Australien kann es nicht.
Die englische Regierung hat das Beispiel Kanadas vor sich,
dessen im Jahre 1847 erfolgte Konstituierung zu einem Bundes-
staat keineswegs, wie damals von vielen Seiten prophezeit wurde,
zu einer Entfremdung von dem Mutterlande führte, sondern im
Gegentheil, trotz der anscheinenden Lockerung des staatsrechtlichen
Verhältnisses, zur Folge hatte, daß die Beziehungen Kanadas zu
England sich intimer und vertrauensvoller gestalteten als früher.
Es liegen keine Gründe vor, anzunehmen, daß die Entwicklung
der englisch-australischen Beziehungen in den nächsten 50 Jahren
ein anderes Bild zeigen wird. Nicht die staatsrechtlichen Insti-
tutionen und Formen sind das Entscheidende, sondern die Ge-
meinsamkeit der Gefühle und der Interessen der stammverwandten
Völker.

Der australische Bundesstaat ist nicht für kriegerische Zwecke
geschaffen und ins Leben getreten, er soll es vielmehr den in ihm
vereinigten Kolonien ermöglichen, mit gesteigerten nationalen Em-
pfindungen „für den Frieden, die Ordnung und die gute Re-
gierung“ ihres Gemeinwesens zu sorgen und besser gerüstet an
dem friedlichen Weltkampfe theilzunehmen, der heute auf dem
Gebiete des internationalen Handels und Verkehrs geführt wird.
Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint Australien unter dem
Schutze seiner jetzigen Verfassung befähigt, ein gefährlicher Rivale
für die anderen handelsbetreibenden Völker und auch ohne die zwei-
schneidige Waffe gegenseitiger differentieller Zollbegünstigungen,

ein werthvoller Bundesgenosse für England zu werden. Wenn
je der imperialistische Traum eines „Größeren Britanniens“
greifbare Gestalt annehmen, und ein festgefügtter Bau, gleich
haltbar in Zeiten des Friedens und des Krieges, alle überseeischen
Besitzungen Englands mit dem Mutterlande vereinigen sollte, dann
kann die australische Commonwealth eine der stärksten Säulen
werden, welche die Riesenkuppel des britischen Weltreichs tragen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die nunmehr in wissenschaftlicher Ver-
arbeitung vorliegenden Ergebnisse der Veranlagung der Ein-
kommensteuer von 1892 ab liefern zunächst den Beweis einer
erfreulichen Zunahme des Nationaleinkommens. In diesem Zeit-
raum ist die Bevölkerung wenig über 13 pCt., das National-
einkommen aber um über 24 pCt., also nahezu doppelt so stark,
gestiegen. Daß an dieser Aufwärtsbewegung auch die breiten,
wie die wohlhabenden Schichten theilgenommen haben, zeigt die
Thatfache, daß im Jahre 1892 noch über 70 pCt. der Bevölke-
rung steuerfrei waren, während im Jahre 1901 die Zahl der
wegen zu geringen Einkommens Steuerfreien sich auf etwas über
65 pCt. ermäßigt hatte. Stellt man die Zahl Derjenigen in
Rechnung, welche an sich ein steuerpflichtiges Einkommen beziehen,
aber wegen besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender
Umstände steuerfrei geblieben sind, so ergibt sich von 1892 bis
1901 ein Herabfallen der Bevölkerung mit weniger als 900 M.
Einkommen von 67,00 auf 60,00 pCt. Ferner zeigt die Statistik
dieser Veranlagungsergebnisse deutlich, wie unzutreffend die von
sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung ist, daß der
Löhnenanteil an der Einkommensvermehrung auf die reiche Min-
derheit falle. Denn in dem Zeitraum von 1892 bis einschließlich
1900 entfielen 51 pCt., also mehr als die Hälfte der Einkommens-
vermehrung, auf die Einkommen unter 2100 M., während die
größeren Einkommen von über 9500 M. an der Einkommens-
vermehrung mit wenig über 20 pCt., also mit etwas mehr als
einem Fünftel theilhaftig sind. Sodann zeigt sich, daß selbst in
den Jahren industrieller Hochkonjunktur von 1896 bis einschließ-
lich 1900 der Mittelstand d. h. die Zahl der Einkommen von
2100 bis 9500 M. beträchtlich zugenommen hat. Diese Ein-
kommen stiegen von 591 000 auf 771 000, so daß den 76 000
größeren Einkommen im Jahre 1900 ein nahezu zehnfach
stärker Mittelstand gegenüberstand. Die Erklärung für diese er-
freuliche Erscheinung liegt zum Theil darin, daß in dieser Periode
das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung, das heißt
der Arbeitsverdienst bei dem Einkommen über 3000 Mark noch
stärker stieg als selbst das Einkommen aus Handel, Gewerbe und
Bergwerken. Letzteres ist mit 44 pCt. in dem erwähnten Zeit-
raum sehr viel höher gestiegen, als das Einkommen aus Kapital-
vermögen mit einer Zunahme von rund 25 und das aus Grund-
besitz mit einer Zunahme von rund 20 pCt. Aber die Zunahme des
Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung übersteigt sein
Anwachsen mit 62 pCt. doch noch sehr erheblich. Es zeigt sich
also, daß in der Zeit industriellen Aufschwungs nicht die Unter-
nehmer, besonders die Großunternehmer und Großkapitalisten
allein den Hauptvortheil gehabt haben, sondern daß vor allen
Dingen auch das Einkommen aus der höheren Arbeit, namentlich
der geistigen, eine besonders starke, erfreuliche Zunahme erfahren
hat. Auch diese Thatfache liefert den schlagenden Beweis, wie
durchaus schief die ganzen und halben Sozialisten die Wirkungen
unserer Wirtschaftsordnung beurtheilen.

— Berlin, 10. Juli. Die „Post“ schreibt: Mit einer
überraschenden Plötzlichkeit ist die Idee einer etwaigen Ver-
äußerung unserer ostafrikanischen Besitzungen an England an die
Öffentlichkeit getreten, also einer That-
sache, deren Ausführung das englische Reich in Afrika von der
Rückmühsung bis zum Kap der guten Hoffnung vollenden und
damit Englands Macht ungeheuer erweitern würde. Namentlich
gleichzeitig ist dieser Gedanke von zwei verschiedenen Seiten zur
Erörterung gebracht worden. Die Meinung, daß wir vor einer

kolonialen Krise ständen, wenn im Herbst die ostafri-
kanische Eisenbahn wieder vom Reichstage abgelehnt werden sollte,
was bei der Stellung des Centrums zu dieser Frage sehr wahr-
scheinlich ist, findet besorgte Vertreter in parlamentarischen wie
kolonialen Kreisen. Wir können nur hoffen, daß in dem drohenden
Hinweise auf den etwaigen Verkauf einer unserer ausichtsreichsten
Kolonien nichts weiter als eine Verwarnung an den Reichstag
oder ein Appell an das deutsche Volk liegen soll, seinen Vertretern
das nationale Gewissen zu schärfen. In allen urtheilsfähigen
Kreisen des deutschen Volkes, die weiter als von heute bis morgen
zu denken vermögen, müßte der Versuch einer Realisirung dieses
Gedankens die ungeheureste Aufregung und Entrüstung hervor-
rufen. Alle nationalen Elemente würden es nicht verzeihen,
weßhalb denn gleich die Hirne ins Korn geworfen werden muß,
wenn der Mehrheit des Reichstages das Verständniß für große
Zukunftsaufgaben fehlt, deren Rentabilität sich nicht von heute
auf morgen zeigt. Treiben wir denn eine engherzige Schacher-
und Krämerpolitik, welche alles als werthlos bei Seite werfen
oder um jeden Preis verschleudern muß, wenn sich nicht im Hand-
umdrehen ein Gewinn daraus ziehen läßt, oder wollen wir
nationale Politik treiben, eine an die Zukunft denkende, auf die
Ausbreitung unseres Volksthumus bedachte Weltpolitik? Sollen
wir, wie Jahrhunderte lang in Europa, auch in Zukunft in der
Welt wieder die Rolle eines Volkes spielen, das überall zu spät
kommt und den anderen Nationen dazu dient, sich gelegentlich um
einen guten Brocken Landes zu bereichern?

— Obgleich von immer mehr wirtschaftlichen Korporationen,
Handelskammern und großen Etablissements gegen die Einrichtung
der Lohnzahlungsbücher für minderjährige Arbeiter ange-
kämpft und deren Beseitigung verlangt wird, ist doch, wie halb-
offiziös verlautet, keine Aussicht auf baldige Ausmerzung der
bezüglichen Bestimmungen aus der Gewerbe-Ordnung vorhanden,
weil innerhalb der zuständigen Regierungsstellen an der Absicht
festgehalten wird, vor der Hand überhaupt keine Aenderung der
Gewerbe-Ordnung vorzunehmen. Es dürften erst einige Jahre
vergehen, ehe wieder an die Ausarbeitung einer Gewerbeordnungs-
Novelle seitens der Regierung herantreten wird.

— Ueber die Arbeitszeit im Fleischergewerbe hat
nunmehr das Reichsamt des Innern statistische Erhebungen an-
geordnet und hierzu Fragebogen herstellen lassen. Diese Frage-
bogen sind für solche Betriebe des Fleischergewerbes bestimmt,
die regelmäßig mindestens einen Gehilfen oder Lehrling auf
Grund eines Arbeits- oder Lehrvertrages mit dem Schlachten
oder mit der Verarbeitung des Fleisches beschäftigen.

— Aus Reuß a. L. wird gemeldet, daß im dortigen Staats-
ministerium Gesandtschaften zur Abänderung bisheriger Sonder-
gesetze in Reuß a. L., besonders des Vereins- und Versammlungs-
gesetzes, fertiggestellt sind. Die Entwürfe gehen dem Landtage
sofort nach seiner Eröffnung zu. Ferner ist für den 16. Oktober
ein Besuch des Fürsten Heinrich in Berlin offiziell angefragt
worden.

— Zu dem Geispest der Pest, das noch immer drohend
in der Umgegend Europas einherzieht, gesellt sich jetzt auch das
der Cholera. Diese schreckliche Seuche, die aus bekannten
Gründen bei uns noch immer mehr gefürchtet wird als die Pest,
ist ja in Indien und China bauernd zu finden. Sehr bedenklich
ist jedoch schon das Auftreten der Krankheit in Plätzen wie Port
Arthur und Schanghai. Sie ist uns aber noch weit näher ge-
rückt durch ihr Erscheinen in Arabien. Gründe zur Besorgniß
liegen allerdings gegenwärtig dieserhalb nicht vor, jedoch muß
aus einem besonderen Anlaß auf die Einschleppung der Cholera
nach Arabien aufmerksam gemacht werden. Es ist nämlich fast
zu einer stetigen Wiederholung geworden, daß bei der großen
Pilgerfahrt der Mohamebaner nach Mekka von Indien her die
Cholera zunächst nach Arabien mitgebracht und dann wemöglich
noch nach Aegypten und anderen Ländern verbreitet wird, nach
denen sich die Pilger zurückbegeben. Die Aufmerksamkeit der
europäischen Staaten ist selbstverständlich über diese Thatfache
nicht hinweggegangen, vielmehr hat der internationale Gesund-